

Netanjahu ist ein Hindernis für den Frieden im Nahen Osten



15.02.2024 | Alexandr Svaranc

Netanjahu hat die Bedingungen der Hamas für einen weiteren Waffenstillstand nicht akzeptiert. Folglich geht der Krieg im Nahen Osten weiter und das Friedensabkommen verzögert sich. Die Gespräche zwischen William Burns (CIA) in Paris und Anthony Blinken in Riad und Aman haben ihr Ziel nicht erreicht. Über Hillary Clinton bietet Washington Benjamin Netanjahu den Rücktritt an. Offensichtliche Meinungsverschiedenheiten mit der US-Regierung in Bezug auf die Anerkennung eines palästinensischen Staates veranlassen den israelischen Staatschef, den Konflikt im südlichen Gazastreifen auszuweiten. Die Rafah-Operation droht, den Konflikt zu internationalisieren und Ägypten in den Konflikt hineinzuziehen.

Mit diesem Absatz können wir den kurzen Bericht über die Dynamik der Krise im Nahen Osten eigentlich abschließen. Doch warum stellt Netanjahu den Kampf gegen die Palästinenser im Gazastreifen nicht ein, sondern provoziert weiterhin den Großbrand in der Region – den Eintritt der USA in den Krieg gegen den Iran? Wird dies die Rettung für Israels Sicherheit sein, indem es den Iran entmilitarisiert und die Aussicht auf einen palästinensischen Staat zunichte macht? Oder versucht Netanjahu auf diese Weise, seine Macht zu erhalten, indem er in Richtung Autokratie abgleitet und darauf wartet, dass der Republikaner Donald Trump in Washington an die Macht kommt?

In den letzten Wochen kursierten in den Weltmedien Informationen über die positiven Aussichten auf einen weiteren Waffenstillstand in der palästinensisch-israelischen militärischen Konfliktzone, der dank der erfolgreichen Verhandlungen zwischen den Leitern der Sonderdienste Israels, der USA, Ägyptens und dem Premierminister von Katar in Paris möglich wurde. Gleichzeitig bemühte

sich Netanjahu um einen zweimonatigen Waffenstillstand im Gaza-Streifen, um zwei wichtige Aufgaben zu lösen:

- 1) die endgültige Freilassung der verbleibenden israelischen Geiseln, um den innenpolitischen Druck und die Forderungen nach seinem Rücktritt zu verringern;
- 2) Umgruppierung der Kräfte für einen Blitzkrieg im Norden gegen die Hisbollah durch eine Invasion im Südlibanon.

Darüber hinaus erwartet die israelische Seite, dass die Beteiligung der USA und Großbritanniens am Nahostkonflikt gegen pro-iranische Kräfte im Jemen, in Syrien und im Irak die Angelsachsen auf die eine oder andere Weise dazu zwingen wird, selbst in den Krieg gegen den Iran einzutreten. Letzteres ist der Wunschtraum des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu, gehört aber noch nicht zu den Plänen von US-Präsident Joseph Biden.

Es schien, dass die Arbeit der Geheimdienste (Mossad-Chef David Barnea und Shabak-Chef Ronen Bar) in Paris ermutigende Ergebnisse für Tel Aviv brachte, indem ein sechswöchiger Waffenstillstand über den Austausch von Geiseln und Gefangenen erreicht wurde. Allerdings konnte Bibi die diplomatischen Initiativen der USA und des Vereinigten Königreichs (Anthony Blinken und David Cameron) zur Lösung der palästinensisch-israelischen Krise durch Anerkennung der palästinensischen Unabhängigkeit in den Grenzen von 1967 nicht akzeptieren.

Dementsprechend sorgte die nächste (fünfte nach Beginn des Krieges zwischen der Hamas und Israel) viertägige Nahostreise von Außenminister Blinken (Saudi-Arabien, Ägypten, Katar, Israel und das Westjordanland) vom 4. bis 8. Februar dieses Jahres für Unmut bei B. Netanjahu, insbesondere der Vorschlag, einen dauerhaften Frieden mit einer zulässigen Form der Anerkennung der palästinensischen Unabhängigkeit zu erreichen.

Tel Aviv hat sich natürlich mit dem dreistufigen Waffenstillstandsplan der Hamas vertraut gemacht. Der Entwurf:

In der ersten Phase wurde vorgeschlagen, alle israelischen Frauen, Kinder unter 19 Jahren, älteren Menschen und Kranken innerhalb von 45 Tagen aus dem Gazastreifen freizulassen und im Gegenzug alle palästinensischen Frauen, Kinder, Kranken und älteren Gefangenen über 50 Jahren aus israelischen Gefängnissen zu entlassen.

Gleichzeitig wird erwartet, dass Tel Aviv 1.500 palästinensische Gefangene (darunter 500 zu lebenslanger Haft verurteilte) freilässt und die israelischen Truppen aus den bewohnten Gebieten des Gazastreifens abgezogen werden, so dass sich die Palästinenser im Gazastreifen frei bewegen können. Die UNO würde Zeltstädte errichten können. Gleichzeitig sollte Israel seine Militäroperationen und die Luftaufklärung vorübergehend einstellen und seine Truppen aus dem gesamten Gazastreifen außerhalb bewohnter Gebiete abziehen.

In der zweiten Phase sollten männliche israelische Geiseln (einschließlich Soldaten) im Austausch gegen palästinensische Geiseln (deren Anzahl später festgelegt werden sollte) freigelassen werden.

In der dritten Phase sollten die sterblichen Überreste der toten Gefangenen ausgetauscht und eine Vereinbarung zur Beendigung des Krieges getroffen werden.

Am Mittwoch, den 7. Februar, weigerte sich Benjamin Netanjahu jedoch, die Angebote der Hamas anzunehmen, lehnte das Waffenstillstandsabkommen ab und bekräftigte, dass Israel die militärische Kampagne fortsetzen werde, um den "totalen Sieg" zu erringen. Mit anderen Worten: Netanjahu hat sich nicht zum Inhalt des Geisel- und Gefangenenaustauschplans geäußert (d.h. womit er einverstanden ist und womit nicht). Bibi hat die Idee eines Waffenstillstands mit der Aussicht auf Frieden abgelehnt. So war Netanjahu nicht mit den Beschlüssen der Pariser Gespräche über eine „humanitäre Pause“ einverstanden, die unter maßgeblicher Beteiligung von CIA-Direktor Burns zustande kamen, lehnte aber die Idee von Außenminister Blinken ab, Frieden auf Kosten der Anerkennung der palästinensischen Unabhängigkeit zu schaffen.

Aus diesem Grund sagte die ehemalige US-Außenministerin Hillary Clinton am 9. Februar (zwei Tage nach Benjamin Netanjahus Entscheidung) auf dem Bloomberg-Wirtschaftsforum in Singapur, dass Israel und Palästina eine neue Führung brauchen, um überhaupt eine Chance auf ein Friedensabkommen zu haben. Sie warf Netanjahu vor, die nationale Sicherheit zu vernachlässigen, diesen Krieg zu provozieren und sich zu weigern, ein Friedensabkommen zu schließen. Deshalb, so H. Clinton, „muss Netanjahu gehen. Er ist kein glaubwürdiger Führer. Der Angriff geschah unter seiner Aufsicht.“

Für die USA ist Netanjahu, wie es die ehemalige Außenministerin ausdrückte, „ein Hindernis für einen Waffenstillstand“. Während „wir ein Umfeld schaffen müssen, in dem die Chance besteht, den Friedensprozess wiederzubeleben Ich denke, dass es eine neue Führung auf israelischer und palästinensischer Seite geben muss, um eine Chance auf ein Friedensabkommen zu haben, insbesondere auf eine Zwei-Staaten-Lösung.“

Die Schlüsselthese in H. Clintons anklagender Rede ist es, durch eine Zweistaatenlösung, d.h. die Anerkennung Palästinas, zumindest eine Art von Friedensabkommen zu erreichen. Aus diesem Grund schlägt Washington nach Blinkens Besuch in Tel Aviv und Ramallah einen Ersatz für Benjamin Netanjahu und Mahmoud Abbas vor.

In der regierenden Likud-Partei selbst wächst die Opposition gegen Netanjahu, dem persönlicher Ehrgeiz und der Versuch des politischen Überlebens vorgeworfen werden. Der ehemalige israelische Ministerpräsident Ehud Olmert sagte in einem Interview mit der US-Zeitung *Politico*, Benjamin Netanjahu sei durch sein massives Versagen in Fragen der nationalen Sicherheit „moralisch zerstört“ und befinde sich in einem Zustand des „Nervenzusammenbruchs“, um einen Rücktritt zu vermeiden.

In der Tat ist das Image des „israelischen Falken“, das Bibi während seiner 35-jährigen Regierungszeit aufgebaut hatte und das ihn in die Lage versetzte, Palästina und den Iran zu konfrontieren, nach dem 7. Oktober und den erlittenen Verlusten zerbrochen, so dass es sich um das schlimmste Versagen der nationalen Sicherheit in der Geschichte Israels seit 1948 handelt.

Die USA fordern die Israelis auf, den Druck auf Premierminister Netanjahu und die Regierung aufrechtzuerhalten, für die Macht und Sitze von größerem Interesse sind als das Schicksal der Geiseln. „Solange die Freilassung der Geiseln nicht das erste und wichtigste Ziel Israels ist, ist alles, was Präsident Biden tut und sagt, alles, was ich tue und sage, von geringer Bedeutung“, sagte Hillary Clinton.

Mit anderen Worten: Die USA warnen ihren Verbündeten Israel, dass sie nicht weiter mit denselben Türken und Arabern über Optionen für ein Friedensabkommen und das Schicksal der israelischen Geiseln verhandeln werden, wenn die amerikanischen Interessen im Nahen Osten und die Bemühungen im Verhandlungsprozess von Bibis Ambitionen ignoriert werden, der sich Hoffnungen auf eine weitere Provokation eines groß angelegten Krieges zwischen Washington und Teheran bewahrt.

Es ist kein Zufall, dass Hillary Clinton die Übermittlerin einer solchen Position der USA geworden ist. Letzteres ist in der amerikanischen Diplomatie im Prinzip nicht ungewöhnlich, wenn ein hochrangiger Pensionär die Konturen der neuen Ansätze Washingtons in wichtigen militärpolitischen Fragen vorwegnimmt (z.B. die Erklärung des pensionierten Admirals James Stavridis zur Schaffung eines internationalen See- und Luftverbands für den Geleitschutz von Handelsschiffen im Schwarzen Meer usw.). Im Schwarzen Meer kam diese politische Ankündigung der USA jedoch nicht zustande, was nicht zuletzt an der festen Haltung der Türkei bezüglich der Einhaltung des Übereinkommens von Montreux über die Meerengen des Schwarzen Meeres lag. Im Roten Meer hingegen wurde eine ähnliche US-amerikanisch-britische Koalition gegen die Houthis Realität.

Tatsache ist, dass H. Clinton im Sommer 2009 auf den Kapverden, wo sie an einer internationalen Konferenz teilnahm, das Ziel eines Terroranschlags durch israelische Geheimdienste gewesen sein könnte. An Bord des Schiffes „Arctic Sea“ befand sich Munition für eine Explosion mit einem Anschlag auf das Leben der US-Außenministerin und der anschließenden Beschuldigung des Irans im Auftrag einer globalen Provokation. Nach den Plänen der Organisatoren sollte dies unter den Bedingungen der Spannungen zwischen Israel und dem Iran die Bombardierung des Irans durch die USA einleiten, d. h. den Beginn des amerikanisch-iranischen Krieges. Mit anderen Worten: Der Tod der Außenministerin wäre ein notwendiger casus belli geworden.

Diese Provokation wurde dann aber unter maßgeblicher Beteiligung der russischen Seite rechtzeitig verhindert. Im Gegenzug weigerte sich Präsident Barack Obama, Patriot-Raketenabwehrsysteme gegen Russland in der Tschechischen Republik und Polen zu stationieren.

Netanjahus Ablehnung des Waffenstillstands im Gazastreifen führt zu einer ebenso radikalen Haltung der gleichen Länder des arabischen Ostens. In Riad wurde Herrn Blinken deutlich zu verstehen gegeben, dass Israel ohne ein Friedensabkommen und die Anerkennung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 und mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt nicht sicher sein wird.

Der israelische Premierminister, der mit dem amerikanischen Plan zur Lösung der Palästinenserfrage nicht einverstanden war, beschloss jedoch, die Situation erneut eskalieren zu lassen und eine Militäroperation im Süden des Gazastreifens in der Stadt Rafah durchzuführen, in der sich eine große Zahl palästinensischer Flüchtlinge angesammelt hatte. In der Nacht zum 12. Januar begann die israelische Armee mit der Bombardierung von Rafah, wobei 100 Menschen getötet und 230 verletzt wurden. Als Reaktion darauf zieht Ägypten seine Truppen an die Grenzen zu Israel zurück und hat davor gewarnt, dass das Friedensabkommen mit Tel Aviv aufgekündigt werden könnte. Kairo befürchtet, dass die Militäraktion in Rafah die Abwanderung von Hunderttausenden von Flüchtlingen nach Ägypten auslösen wird.

Aus diesem Grund hat John Kirby, ein Vertreter des Nationalen Sicherheitsrates der USA, Benjamin Netanjahu dringend gebeten, keine Militäraktion in Rafah an der Grenze zu Ägypten durchzuführen.

ren, wo fast die Hälfte der Bevölkerung des Gazastreifens Zuflucht findet. Der israelische Premierminister hat jedoch aufgrund des Drucks von außen eine neue Frist bis zum 10. März für die Besetzung von Rafah gesetzt. Gleichzeitig räumte der stellvertretende Nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Jonathan Feiner, die Fehler der Regierung des Weißen Hauses bei der Reaktion auf den Konflikt im Gazastreifen ein. Feiner stellte fest, dass „es keine Gewissheit gibt, dass die israelische Regierung bereit ist, ‚ernsthafte Schritte‘ zur Gründung eines palästinensischen Staates zu unternehmen“.

Die USA geben Lippenbekenntnisse zu ihrem Unmut über die erneute Eskalation im Nahen Osten ab, aber der Senat tagt sogar an einem Sonntagnachmittag und verabschiedet einen Gesetzentwurf, der 95,3 Milliarden Dollar an Militärhilfe für die Ukraine, Taiwan und Israel vorsieht. Gleichzeitig soll die Hilfe für Israel auf 14 Mrd. Dollar erhöht werden. Wenn dieser Gesetzentwurf zur Auslandshilfe vom Repräsentantenhaus gebilligt wird, werden die USA einmal mehr ihre Doppelzüngigkeit nicht nur gegenüber ihren traditionellen Gegnern, sondern auch gegenüber ihren Verbündeten (einschließlich der Türkei und wichtiger Länder im arabischen Osten) unter Beweis stellen.